**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/4696 (neu)**

# Antrag

## der Fraktion der SPD

## Äußerungen des Regierungssprechers Bundesminister Klein zur Waffen-SS

Der Bundesminister Klein hat in der Zeitschrift QUICK vom 2. Mai 1989 gesagt: „Die Waffen-SS war doch eine kämpfende Truppe, keine Verbrecher. Die glaubten, ihr Vaterland verteidigen zu müssen." Er hat diese Behauptung vor der Bundespressekonferenz auf Anfragen von Journalisten wiederholt.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Waffen-SS, die vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als „verbrecherisch" eingestuft wurde, kann nicht als „kämpfende Truppe" und „Vaterlandsverteidiger" rehabilitiert werden, auch nicht zum Ziele der „Versöhnung mit den Toten". Der Deutsche Bundestag weist die Äußerungen des Bundesministers Klein zur Rehabilitierung der Waffen-SS zurück. Die geschichtsverfälschenden Verlautbarungen des Sprechers der Bundesregierung sind insbesondere vor dem Hintergrund der gebotenen Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde völlig unakzeptabel. Eine bundesdeutsche Regierung darf sich keinen Regierungssprecher leisten, der geschichtsverfälschende Erklärungen als regierungsamtliche Meinung herausgibt. Gerade ein Regierungssprecher im Ministerrang muß in seinen amtlichen Äußerungen peinlich genau und differenziert sein. Es geht nicht an, alle Angehörigen der Waffen-SS als Mörder zu bezeichnen. Es geht aber ebensowenig an, die Organisation samt und sonders von jeglicher Schuld und Verstrickung freizusprechen.

2. Einheiten der SS und Waffen-SS waren – so ergibt es sich auch aus den Nürnberger Prozessen – politische Kampforganisationen des NS-Unrechtstaates. Die Waffen-SS gehörte zu den Überwachungsinstrumenten, mit denen die Partei das totalitäre System ausgebaut und ihre Herrschaft gesichert hat. Sie war eine der NS-Rassenideologie verpflichtete Organisation. Einheiten der Waffen-SS haben sich mit unvorstellbarer Brutalität an „Partisanenkämpfen" und an „Säuberungen" der Frontgebiete beteiligt, wie bei der Vernichtung der Dörfer Lidice, Oradour und Marzabotto.

   Es entspricht den Tatsachen, daß junge Menschen seinerzeit auch gegen oder ohne ihren Willen zum Dienst in der Waffen-

SS herangezogen worden sind. Sie dürfen nicht mit einem dauernden Makel belastet werden. Es ist ebenso wahr, daß viele ehemalige Waffen-SS-Angehörige heute den Abscheu über die Verbrechen teilen, die für immer mit dem Namen der SS verbunden sind. Das ändert aber nichts daran, daß Einheiten der Waffen-SS, wie der SD, SS-Verfügungstruppe, Totenkopfverbände unter anderem an der Errichtung und Unterhaltung von Konzentrationslagern, an Folter und Mord und an Kriegsverbrechen beteiligt waren.

3. Es darf keine Versöhnung mit den Tätern und den Organisationen des NS-Regimes geben. Das käme einer Verhöhnung der Opfer des deutschen und europäischen Widerstandes und insbesondere der ermordeten sechs Millionen Juden gleich.

   Die Massaker von Lidice und Oradour dürfen nicht vergessen werden. Sie müssen Symbol des Mahnens bleiben. Sie weisen darauf hin, jede Diktatur, insbesondere der Nationalsozialismus, bedeutet: Unterdrückung, Rassismus, Terrorismus.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich von den Äußerungen des Bundesministers Klein eindeutig zu distanzieren und ihn anzuweisen, seine Äußerungen zurückzunehmen.

Bonn, den 14. Juni 1989

**Dr. Vogel und Fraktion**

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333